© Jörn Wolter/FVDZ

Geschlossenheit gegenüber Politik zeigen

Hauptversammlung. Ein starkes Signal der Geschlossenheit ist in diesem Jahr von der Hauptversammlung (HV) des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) ausgegangen. Fast drei Tage lang diskutierten die Delegierten in Kassel über die Zukunft des Gesundheitswesens, aktuelle politische Entwicklungen mit Auswirkungen auf Zahnmedizin und Praxen sowie die Förderung von Freiberuflichkeit und Niederlassung.

Autorin: Sabine Schmitt

Wir reden längst nicht mehr nur über einzelne Gesetze oder einzelne Maßnahmen, wir reden über das große Ganze", sagte der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl zum Auftakt der HV und appellierte: „Nutzen wir unsere Möglichkeiten. Übernehmen wir Verantwortung. Machen wir unseren Beruf, machen wir die freie Praxis für die nächste Generation attraktiv."

Staat nimmt sich aus seiner Pflicht heraus

Sparen ohne Einschnitte funktioniere nicht, machte Öttl in seinem Bericht deutlich. Es sei Augenwischerei, zu behaupten, dass es in Zukunft dieselben Leistungen wie heute geben werde. Auch den politisch Verantwortlichen sei klar, dass es keine unbegrenzten Leistungen der Ärzte- und Zahnärzteschaft geben werde, wenn ins Budget eine scharfe Grenze eingefügt werde. Klar sei außerdem, dass niemand erwarten könne, dass Ärzte und Zahnärzte die Budgetierung einfach hinnähmen, während sich der Staat aus seiner Verpflichtung herausnähme, für die versicherungsfremden Leistungen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung aufzukommen – insbesondere für die GKV-Beiträge von Grundsicherungsempfängern. Dies sei eine Forderung, die der FVDZ schon lange habe und die auch mit den Vorschlägen der Finanzkommission Gesundheit untermauert werde. „Damit wäre schon ein großer Teil des Lochs in der GKV gestopft gewesen", sagte Öttl. Doch mit „Alle müssen ihren Beitrag leisten", was die ehemalige Gesundheitsministerin Nina Warken mantraartig wiederholt hatte, seien offenbar nicht alle gemeint gewesen. Zumindest nicht der Staat. Denn beim Bundeszuschuss sei sogar noch gekürzt worden.

Beim Blick in die Zukunft immer positiv zu bleiben, sei angesichts des Spargesetzes, dessen Auswirkungen im nächsten Jahr Patienten wie ambulant tätige Ärzte und Zahnärzte zu spüren bekommen, ausgesprochen schwierig. Anstatt bei den Kostentreibern im System Einsparungen vorzusehen, werde in allen Bereichen der Rotstift angesetzt und dabei – wie in der Zahnmedizin – wichtige Präventionserfolge, die sich bei der Mund- wie auch der Allgemeingesundheit niederschlagen, aufs Spiel gesetzt.

Debatte um duales Zukunftsmodell

Die Podiumsdiskussion zur Eröffnung der HV, moderiert von der stellvertretenden FVDZ-Bundesvorsitzenden Dr. Jeannine Bonaventura, stand angesichts von Spargesetzen und Sozialreformen unter dem Thema „Ist der Wohlfahrtsstaat am Ende – Schafft Politik Versorgung ab?" Der Titel sei gewählt worden, lange bevor das Ausmaß an Reformen deutlich gewesen sei, sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende. Das große Thema, das nun viele umtreibe, sei natürlich die Zukunft des dualen Systems in Deutschland und die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Als großes Problem auf der Ebene der politischen Entscheider sieht die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesundheit der FDP, Christine Aschenberg-Dugnus, die große Unkenntnis, die fast überall vorherrsche. „Die Gesundheitspolitiker entscheiden ohne fundamentales Wissen über Versorgungsfragen – und

© Jörn Wolter/FVDZ

KZBV-Vorstandsvorsitzender Martin Hendges

© Jörn Wolter/FVDZ

Bundeszahnärztekammer-Präsidentin Dr. Romy Ermler

da geht es nicht um Notwendigkeit, sondern meistens nur um Geld“, kritisierte sie. Als größtes Versorgungsproblem identifizierte die Präsidentin der Bundeszahnärztekammer, Dr. Romy Ermler, die große Verunsicherung, die geschaffen werde, wenn man ohne Not das duale Krankenversicherungssystem infrage stelle. Sie kritisierte vor allem, dass in dem komplexen Gefüge des Gesundheitssystems nicht diejenigen gefragt würden, die sich damit auskennen, weil sie darin arbeiten. Auch für den KZBV-Vorstandsvorsitzenden Martin Hendges ist das ein Punkt, zusammen mit fehlender Kontinuität. Denn ansonsten sei es nicht zu erklären, dass erst eine neue prophylaxeorientierte Parodontitisbehandlung eingeführt werde, der dann durch Budgetierung die Grundlage entzogen werde. Es gehe der Politik offenbar nicht darum, dass die Zahnärzteschaft sich seit Jahren als „kostenstabil im System“ behaupte und durch die Präventionsorientierung Morbidität und damit auch Co-Morbidität bei den Patienten senke. „Da liegt ein enormes Potenzial“, sagte Hendges. Politisch werde dies allerdings bisher ignoriert. Gespart werde dennoch bei den Zahnärzten, die ganz gewiss keine Kostentreiber seien. Deshalb müsse es das Ziel bleiben, die PAR-Strecke wieder extrabudgetär zu stellen. „Dafür werden wir uns bei jeder weiteren Gesetzgebung einsetzen“, machte Hendges deutlich.

Geschlossenheit auch auf dem Podium

Auch bei weiteren Themen wie beispielsweise der GOZ-Novelle, Mut zur Niederlassung und vor allem beim Bürokratieabbau waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsrunde einig – nicht in jedem Detail, aber grundsätzlich. Deshalb rief BZÄK-Präsidentin Ermler zur Geschlossenheit der Zahnärzteschaft gegenüber den politisch Verantwortlichen auf. „Intern können und sollten wir offene Diskussionen führen – das ist auch ein Teil von Demokratie der zahnärztlichen Selbstverwaltung“, betonte sie. „Aber nach außen braucht es Geschlossenheit.“ Diese mahnte auch KZBV-Chef Hendges an. Gerade in gesamtgesellschaftlich schwierigen Zeiten müsse die Zahnärzteschaft gemeinsam und geeint auftreten.

FDP-Politikerin Aschenberg-Dugnus betonte noch einmal, dass eine Debatte um das duale Versicherungssystem nichts verbessere. „Diese Gerede um Gerechtigkeit nervt“, sagte sie. Vor allen Dingen müsse man aufpassen, dass sich die Zahnmedizin nicht freiwillig aus der GKV herauskatapultieren lasse, mahnte KZBV-Chef Hendges. „In der Idealvorstellung ist das sicherlich toll, die vollkommene Freiheit“, sagte er. Nur leider werde dieses Ideal nicht eintreten. Denn es sei garantiert nicht damit zu rechnen, dass die Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen eins zu eins übertragbar sei und dass der Staat sich da nicht einmischen werde. „Und die 18 Milliarden Euro, die zahnärztliche Leistungen in der GKV ausmachen, und die dann im Gesundheitsfonds wegfielen, die werden ganz schnell verfrühstückt – bei den Versicherten wird nichts davon ankommen“, betonte der KZBV-Chef. „Da darf man sich die Welt nicht schönreden. Die Dualität ist immer noch die Idealvorstellung.“ Denn ohne GKV greife der Staat ganz schnell in die Honorierung ein und diktiere die Bedingungen. „Das wäre der Einstieg in die Festschreibung von Einfachsätzen.“

Weniger Bürokratie – mehr Vertrauen

Verbesserungen hinsichtlich der Entlastung von Praxen einerseits und Leistungen für die Patienten oder kürzere Wartezeiten andererseits seien vor allem über einen soliden Bürokratieabbau und weniger Misstrauen im System zu erreichen, sagte Aschenberg-Dugnus. Hendges appellierte: „Wir sollten die Niederlassung nicht kaputtreden.“ Wirtschaftlich sei die Niederlassung immer noch attraktiv. Dies bestärkte auch der FVDZ-Bundesvorsitzende: „Wir brauchen keine Flucht aus dem System, sondern Veränderungen im System: weniger Bürokratie, mehr Vertrauen in die Selbstverwaltung und bessere Rahmenbedingungen für freiberufliche Praxen.“ Dann vor allen Dingen könne auch der jungen Generation Zahnärzte wieder Lust auf Niederlassung und Freiberuflichkeit gemacht werden. ■

Vorsitzende FDP-Bundesfachausschuss Gesundheit Christine Aschenberg-Dugnus

ANZEIGE

WE LOVE WHAT WE DO.

3-Zylinder-Kompressor
KOMPAKTE GRÖSSE,
EINFACHE WARTUNG.

ÖLFREIER TROCKENLUFT-KOMPRESSOR

4 Jahre Garantie

✓ Ölfrei. Trocken. Rein.
✓ Höchste Druckluftqualität.
✓ Zuverlässige Leistung.
✓ Effiziente Trockenlufttechnik.
✓ 40 Jahre Erfahrung.
✓ Qualität, auf die Sie zählen können!

EXKLUSIV ÜBER DEN DENTALFACHHANDEL ERHÄLTLICH.

CATTANI AIR TECHNOLOGY
DEUTSCHLAND
ÖSTERREICH • SCHWEIZ

CATTANI Deutschland | Helmes GmbH & Co. KG
Scharnstedter Weg 34 - 36
DE - 27639 Wurster Nordseeküste
Tel.: (+49) 4741-18 19 80 | Fax: (+49) 4741-18 19 81 0
info@cattani.de | www.cattani.de